



„Vor Reisen in die Demokratische Republik Kongo wird gewarnt...“

Pierrette Orangolo

„Vor Reisen in die Demokratische Republik Kongo wird gewarnt. (...) Die Sicherheitslage im gesamten Land ist fragil“ So warnte im Juli 2004 das Auswärtige Amt vor Reisen in die DRKongo. Auch in seinem Lagebericht stellt das Auswärtige Amt fest, dass „sich die Lage innenpolitisch nur oberflächlich stabilisiert hat“.

Politische Situation

Seit mehr als einem Jahr (seit Juli 2003) regiert – wie im Abkommen von Pretoria vom 17.12.02 vorgesehen – eine Übergangsregierung das riesige Land (sechsmal so groß wie Deutschland). Laut dieser Vereinbarung wird die Macht zwischen den verschiedenen Streitparteien geteilt, nach dem Prinzip 1 + 4, d. h. ein Präsident Joseph Kabila, Sohn des im Januar 2001 ermordeten Laurent-Désiré Kabila, unterstützt von vier Vize-Präsidenten, die aus den Reihen der bisherigen Regierung, der unbewaffneten Opposition und der beiden früheren größten Rebellengruppen, MLC und RCD-Goma stammen. Um diese 1 + 4-Führung sind nicht weniger als 61 Minister (darunter 6 Frauen!) gruppiert, die aus den genannten Gruppen, aus anderen bewaffneten Rebellengruppen und aus der Zivilgesellschaft kommen. Binnen 24 Monate sollen freie und faire Wahlen durchgeführt, das Land wieder geeint und befriedet und eine nationale Armee aufgebaut werden.

Ein Jahr vor diesem entscheidenden Stichtag ist es dennoch fraglich, ob diese Ziele erreicht werden können. Joseph Kabila warb zwar während seiner Europareise Anfang dieses Jahres für sein Land und betonte, der Frieden sei zurückgekehrt. Doch die Fakten sprechen eine andere Sprache: Im Laufe des Jahres kamen immer wieder Schreckenmeldungen in die Medien: Massaker in der Ituri-Provinz im Osten des Landes Anfang des Jahres, rebellierende Soldaten in Bukavu im Juni, Massaker an kongolesischen Banyamulenge-Flüchtlingen in Burundi im August, zwei Putschversuche (am 27. 03 und am 10.06.) und erst vor kurzem neue Kämpfe im Osten.

Hinzu kommen Spannungen zwischen den als politische Parteien umorganisierten Rebellengruppen, die zu einer ernsthaften Regierungskrise im August führten. Auch wenn nach außen der Eindruck erweckt werden soll, das Land gehe friedlich auf freie Wahlen zu, sollte die internationale Gemeinschaft nicht vergessen, dass die heute sich so friedfertig gebenden Regierungsmitglieder z.T. die Kriegsführer

und Ausplünderer der vergangenen Jahre sind, die sich ohne Rücksicht auf die Zivilbevölkerung bekriegt haben, für grausame Massaker verantwortlich sind und das Land geplündert haben.

Die Haftbedingungen sind unerträglich. Aufgrund von erheblichen Mängeln in der Versorgung mit Lebensmitteln, in der Hygiene und in der medizinischen Versorgung sind einige Gefängnisse „reine Sterbeheime“.

Dies wirft für die Zukunft Kongos die Frage der Straflosigkeit auf.

Außerdem erscheint es gar unmöglich in diesem Land nach Jahrzehnten eines korrupten Regimes unter Mobutu, nach sechs blutigen Kriegsjahren und bei einem nur scheinbaren Frieden Wahlen durchzuführen zu können: Die Verwaltung ist funktionsunfähig, die Infrastruktur völlig zusammengebrochen und die Macht der Regierung reicht kaum bis in alle Provinzen. In dem Bericht der Menschenrechtsorganisationen wird festgestellt, dass „die Wiedervereinigung des Landes eine Illusion ist“ und dass „einige Gouverneure in den Provinzen ohne Wissen der Machthabenden in Kinshasa handeln.“

Displaced Persons

Die Kämpfe im Osten des Landes, die seit Beginn des Jahres wieder aufgeflammt sind, verursachen erneut Massenflucht. Insgesamt wird die Zahl der „displaced persons“ auf 2,7 Millionen geschätzt (Bericht der Sonderberichterstatterin über die Situation der Menschenrechte in der DRKongo). Kongo gehört dadurch weltweit zu den Ländern mit der größten Zahl an Vertriebenen. Ein trauriger Rekord, denn hinter diesen schrecklichen Zahlen verbergen sich Männer, Frauen, Kinder, ältere Menschen, die

vor Gewalt und Grausamkeiten fliehen, ein Leben in Angst und Not führen müssen und kaum Unterstützung erhalten. Sie suchen besonders in den Provinzen Kivu (Nord und Süd), Katanga und in der Hauptstadt Kinshasa Zuflucht. Dort erhalten sie dennoch kaum Hilfen, denn die Lebensbedingungen sind überall und für alle verheerend. Die NGO's, die sich um diese Personen kümmern, haben große Schwierigkeiten, ihrer besonderen Situation gerecht zu werden. (Médecins sans frontières/MSF, Silence, on meurt, Témoignages 2002)

Für die Bevölkerung ist das Leben weiterhin äußerst prekär: Die Lebensbedingungen sind sehr schlecht. Jeden Tag wird um das bloße Überleben gekämpft. Es wird geschätzt, dass ca. 20 Millionen Kongolesen unterernährt sind. Bei einer Gesamtbevölkerung von ca. 60 Millionen Menschen eine erschreckende Zahl. Die Arbeitslosigkeit ist sehr hoch: Etwa ein Drittel der Bevölkerung hat überhaupt kein Einkommen (taz 21.08.04). Die meisten Menschen versuchen mit Gelegenheitsarbeiten (Verkauf bzw. Wiederverkauf von Gegenständen, von Lebensmitteln etc.), mehr schlecht als recht zur Versorgung der Familie beizutragen.



„Trotz aller Schwierigkeiten ist es dem Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein

immer wieder gelungen, eine gute und produktive Lobby-Arbeit bei der Landesregierung und wohl auch im Landtag zu machen. Ich glaube, dass eine Bürgerrechtsbewegung wie der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein sich immer bewusst war, dass er als Anwalt der Flüchtlinge eine eigenständige Rolle zu spielen hatte. Diese weitgehend gelungene Erhaltung einer eigenständigen anwaltlichen Kompetenz auf der einen Seite und die Nutzung der finanziellen Möglichkeiten, die die Öffentliche Hand immer noch bietet, andererseits, darf als gelungen bezeichnet werden.“

**Herbert Leuninger,
Förderverein PRO ASYL e.V.**

gen. Fünf Bundestagabgeordnete, die im Frühjahr 2004 eine neuntägige Reise durch Kongo gemacht haben, bewerteten die wirtschaftliche Lage des Landes als „katastrophal“. „Die Hauptstadt Kinshasa zerfalle. Kongo sei zwar reich an Rohstoffen, doch die Infrastruktur fehle“ so beschrieben sie die Situation. (FR 27.04.04)

Im Kongo war in den letzten 40 Jahren die medizinische Versorgung stets ein Problem. Der Krieg hat dieses Problem nur verschärft. Der „Frieden“ hat es nicht entschärft. Seit 1998 sind Millionen von Kongolesen an harmlosen Krankheiten wie Malaria, Infektionen der Atemwege gestorben. Diese Toten hätten durch einfache Behandlung verhindert werden können. Sie sind Opfer des Zusammenbruchs des Gesundheitssystems (keine funktionsfähigen Krankenhäuser, Mangel an qualifiziertem Personal) und des schwierigen Zugangs zur medizinischen Behandlung (schlechte Versorgung mit Medikamenten bzw. keine finanziellen Möglichkeiten, teure Medikamente zu erwerben). Einige Krankheiten, die verschwunden waren, treten wieder auf, wie die Schlafkrankheit oder Cholera. Eine der Hauptursachen für die hohe Kindersterblichkeit (96,56/1000, 2003 the world Factbook) ist Masern, da viele Kinder aus Kostengründen nicht geimpft werden. (Médecins du Monde, Juni 2004, und MSF Silence, on meurt, Témoignages 2002)

Menschenrechtssituation

„Die Menschenrechtssituation hat sich im von der Regierung kontrollierten Gebiet 2003 leicht verbessert, sie bleibt allerdings weiter schlecht“ steht im Lagebericht. Einige Menschenrechtsorganisationen werden in einem gemeinsamen Bericht über die Situation der Menschenrechte im Jahr 1 der Übergangsregierung, der im Juni 2004 erschienen ist, etwas genauer: „Im ersten Jahr der Übergangsregierung fanden zahlreiche repressive Handlungen gegen aktive Mitglieder von politischen Parteien, insbesondere von nicht bewaffneten Oppositionsparteien, deren Führer an den Institutionen der Übergangsregierung teilnehmen. Übereinstimmende Zeugenaussagen erwähnen Festnahmen von aktiven Mitgliedern und anderen politischen Führern aufgrund ihrer Meinung“ So berichten sie über verschiedene Überfälle gegenüber Mitgliedern von Oppositionsparteien, Journalisten oder Menschenrechtsaktivisten, z.B. im Dezember 2003 die Festnahme von zwei UPS-Mitgliedern, die in einem ANR-Gefängnis verhaftet und so schwer misshandelt wurden, dass einer in Koma fiel, oder im März 2004 die Festnahme von einigen UDPS-Mitgliedern, die anlässlich des Besuchs von dem südafrikanischen Präsidenten Thabo Mbeki demonstriert hatten, oder das Verbot für einige Parteien, Mitgliedertreffen zu organisieren. Auch wenn die Menschenrechtsorganisation „Journalistes en Danger“ eine Verbesserung der Situation für Journalisten in der

DRKongo verzeichnet, ist in dem genannten Bericht die Liste der bedrohten und inhaftierten Journalisten ziemlich lang und zeigt, dass die neue Übergangsregierung sich mit der Freiheit der Meinungsäußerung noch schwer tut.

Kinder arbeiten im Alter zwischen 13 und 16 Jahren bis zu 18 Stunden pro Tag. Sie arbeiten z.B. in einem „Restaurant“ oder in einer öffentlichen „Telefonzelle“ für ein Monatsgehalt von 10 bis 15 Dollar.

Besonders besorgniserregend ist die Lage in den Gefängnissen. In einem Bericht der MONUC (Mission der UNO im Kongo) vom April 2004 wird behauptet, dass „vermutlich 90% der Gefängnisse in der DRK in schlechtem Zustand seien“. Die Haftbedingungen sind unerträglich. Aufgrund von erheblichen Mängeln in der Versorgung mit Lebensmitteln, in der Hygiene und in der medizinischen Versorgung sind einige Gefängnisse „reine Sterbehäuser“. Die elementarsten Haftbedingungen werden nur selten erfüllt. Grausame und unmenschliche Behandlungen, sogar Folter sind laut dem Bericht der MONUC in den kongolesischen Gefängnissen üblich. In den Gefängnissen der Geheimdienste ANR, DSR oder DEMIAP werden schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen begangen. Die Geheimdienste überschreiten häufig dabei ihren Zuständigkeitsbereich. Unter diesen Umständen können Menschen leicht „verschwinden“ so wie 25 Gefangene, die in der Nacht zum 23. 02. 03 aus einem Geheimgefängnis der DEMIAP in Kinshasa „verschwinden“ sind und von denen man bis zum Zeitpunkt des Verfassens des Berichts der MONUC ohne Nachricht war. Die Geheimgefängnisse, die Joseph Kabila per Gesetz abgeschafft sehen wollte, existieren leider immer noch und können per „Definition“ jeglicher Kontrolle entgehen, da die Justizbehörden nicht wissen, wo sie sich genau befinden. (Informationen aus dem Rapport sur la détention dans les prisons et les cachots de la RDC, MONUC, April 04)

Frauen und Kinder

Der Bericht der Menschenrechtsorganisationen geht besonders auf die Situation von Frauen und Kindern ein. Frauen erleiden

nach wie vor sexualisierte Gewalt durch Polizisten und Soldaten oder durch Zivilisten, die Soldaten nahe stehen. Besonders in den östlichen bekämpften Gebieten – aber auch in anderen Gebieten - wird die Vergewaltigung als Kriegswaffe eingesetzt. Frauen werden durch bewaffnete Männergruppen entführt und als Sklavinnen sexuell missbraucht. Zwar kümmern sich immer mehr NGO'S um die Frauen in der DRKongo, dennoch sind die finanziellen Mittel der NGO's gering. Die Frauen bleiben nach wie vor eine besonders gefährdete und daher schutzbedürftige Bevölkerungsgruppe.

Kinder sind ebenfalls die großen Verlierer der Übergangszeit: Während in dem von der Regierung kontrollierten Gebiet keine Kinder mehr in die nationale Armee rekrutiert werden, bleibt diese Praxis im Osten des Landes, wo die Konflikte immer wieder aufflammen, üblich.

In der Hauptstadt Kinshasa nimmt die Zahl der Straßenkinder jedoch ständig zu. In der 7 Millionen Stadt Kinshasa sind aufgrund des langjährigen Konfliktes und der schwierigen wirtschaftlichen Lage die traditionellen Strukturen (Familie, Schule) zusammengebrochen und die Kinder werden sich selbst überlassen: 75% der Kinder gehen nicht mehr zur Schule, bis 12.500 wurden von ihren Familien im Stich gelassen, bis zu 2.500 von ihnen leben ständig auf der Straße (Médecins du Monde, Juni 2004). Die Kinder sind gefährdet und jeder Art von Ausbeutung ausgeliefert, um überleben zu können: Auf dem Unigelände arbeiten Kinder im Alter zwischen 13 und 16 Jahren zwischen 7 und 18 Stunden pro Tag. Sie arbeiten z.B. in einem „Restaurant“ oder in einer öffentlichen „Telefonzelle“ für ein Monatsgehalt von 10 bis maximal 15 Dollar. Mädchen müssen sich prostituieren, laufen Gefahr, an AIDS zu erkranken und/oder schwanger zu werden.

Fazit

Seit 1998 erleben die Kongolesen unzählige Greuelthaten und schwere Menschenrechtsverletzungen. Manchmal berichten die Medien im Europa darüber, wenn die Taten besonders grausam sind und die Not groß ist. Das Land kennt seit Jahrzehnten eine politische und wirtschaftliche Krise und erlebt seit 1998 einen Krieg, der nicht zu Ende gehen will. Trotz des Friedensabkommens von Pretoria im Jahre 2002 und der Einsetzung der Übergangsregierung in der DRKongo ist es fraglich, ob das Land zur Ruhe kommen und eine globale Lösung zum Konflikt im Gebiet der Großen Seen innerhalb der nächsten Monate gefunden werden kann. Insgesamt bleiben die politische Situation, die sozioökonomische Lage, und die Lebensbedingungen bedrohlich. Mehr als bedenklich sind unter diesen Bedingungen die Abschiebungen von Menschen in ein Land, das noch lange keinen Frieden gefunden hat.